

Protokoll der Bürgerversammlung **Stuttgart - Mitte**

Datum	12. Oktober 2015
Beginn	19:00 Uhr
Ende	21:10 Uhr
Ort	Rathaus, Großer Sitzungssaal

Vorsitz	Herr Oberbürgermeister Kuhn
Protokollführung	Frau Einenkel

I. Begrüßung durch die Bezirksvorsteherin

Frau Bezirksvorsteherin Kienzle begrüßt auch im Namen der Bezirksbeiratsmitglieder und den Mitgliedern des Jugendrats die Bürgerinnen und Bürger des Stadtbezirks Stuttgart-Mitte herzlich.

Sie begrüßt die Landtagsabgeordnete Frau Aras, Frau Stadträtin Bodenhöfer-Frey, Frau Stadträtin Halding-Hoppenheit, Herrn Stadtrat Kotz und Herrn Stadtrat Stopper sowie die Mitglieder des Bezirksbeirats. Weiter begrüßt sie Frau Bürgermeisterin Dr. Eisenmann, Frau Bürgermeisterin Fezer, Herrn Bürgermeister Pätzold, Herrn Bürgermeister Dr. Schairer, Herrn Bürgermeister Wölfle, Herrn Oberbürgermeister Kuhn sowie Herrn Stadtdekan Monsignore Dr. Hermes.

Frau Bezirksvorsteherin Kienzle informiert, im Stadtbezirk Stuttgart-Mitte habe sich seit der letzten Bürgerversammlung im Jahr 2008 sehr viel verändert und bewegt. Eine hoch motivierte und engagierte Bürgerschaft habe dazu geführt, dass Stuttgart-Mitte als gesamter Stadtbezirk aber auch die einzelnen Quartiere wahrgenommen werden. Die einzelnen Quartiere machen sich durch besondere Initiativen und Engagements bemerkbar. Sie begrüßt stellvertretend für alle Engagierten die Vertreterinnen und Vertreter des Bürgervereins Stützenburgviertel, der IG Gerberviertel, des Netzwerks Kernerviertel, des Flüchtlingsfreundeskreises aus der Landhausstraße, der Feinstaubinitiative Neckartor, der Initiativgruppe Lern- und Gedenkort Hotel Silber, des Forums Hospitalviertel e. V., Herrn Pfarrer Schwarz, des HGV Bohnenviertel, des Runden Tisches Leonhardsviertel, der Urban Gardener der Ebene O e. V., des Verschönerungsvereins, des Schwäbischen Heimatbundes, des Taubenturmes, Herrn Rittberger, und die Engagierten, die sich für die Flüchtlingsunterkünfte einbringen. Sie dankt Herrn Bezirksvorsteher Grieb für die gute Zusammenarbeit, besonders bei der Flüchtlingsunterkunft Paulinenstraße an der Grenze zwischen Stuttgart-Süd und -Mitte.

Weiter begrüßt sie die Vertreter der Regionalen Trägerkonferenz, die sich für Belange der Kinder- und Jugendlichen engagieren. Die jüngste Interessengemeinschaft im Gerberviertel von Handel und Gewerbe sowie auch von Privaten habe sich jetzt einen Quartiersmanager geleistet. Sie freue sich über eine so engagierte Stadtgesellschaft.

Politik und Verwaltung können jedoch nur die Rahmenbedingungen schaffen, ohne das Engagement der Zivilgesellschaft gehe es nicht. Heute sei die Gelegenheit, sich auszutauschen und mitzuteilen, wo es gut gehe und wo etwas getan werden müsse. Es können heute Fragen, Anregungen und Kritik geäußert werden. Auch die öffentlichen Bezirksbeiratssitzungen können sehr gerne besucht werden. Dort werde ebenso eine Verbindung zwischen den Einwohnern, der Verwaltung und der Politik hergestellt.

II. Rede von Oberbürgermeister Kuhn

Herr Oberbürgermeister Kuhn leitet ein, der Stadtbezirk Stuttgart-Mitte sei ein spannender Stadtbezirk. Er habe 22.548 Einwohner und das Durchschnittsalter liege mit 39,1 Jahren unter dem der Gesamtstadt mit 42,1 Jahren. Die Haushaltsgröße sei mit durchschnittlichen 1,53 Personen kleiner als die gesamtstädtische mit 1,87 Personen pro Haushalt.

Im Stadtbezirk Stuttgart-Mitte gebe es viele Vorteile, aber teilweise auch durch die Vorteile bedingte Nachteile. Ein breitgefächertes Kulturangebot und zahlreiche Einrichtungen in den Bereichen Einkaufen und Gastronomie sowie viele Feste wie beispielsweise das Weindorf und der Weihnachtsmarkt, der Wochenmarkt und der samstägliche Flohmarkt auf dem Karlsplatz sowie das neu gestaltete Bohnenviertel und Heusteigviertel und auch der Schloßplatz, welcher einer der schönsten Plätze Europas sei, ziehen viele Leute an. Gerade weil die Innenstadt so beliebt sei, gebe es dort auch viel Verkehr. Dieser verursache Stau, Stress und Feinstaub. Die Baustellen, nicht nur die von Stuttgart 21, würden dazu beitragen, für viele ein stressiges, nerviges Grundgefühl zu erzeugen und die Innenstadt zu laut zu machen. Viele würden bemängeln, dass der Schloßplatz aus deren Sicht übernutzt werde, andererseits werde er von sehr vielen Veranstaltern für Nutzungen angefragt. Hier das richtige Maß zu finden sei nicht einfach. Ein Stadtbezirk sei aber auch nur dann attraktiv, wenn die Leute, die dort wohnen, sich wohl fühlen und gerne dort wohnen würden.

Momentan könne er keine Bürgerversammlung machen, ohne das Thema Flüchtlinge anzusprechen. In Stuttgart-Mitte gebe es nicht so viele Flüchtlingsunterkünfte wie in manch anderen Stadtbezirken. Viele Flüchtlinge, die in anderen Bezirken untergebracht seien, kommen aber abends in die Stadtmitte und würden sich dort aufhalten. Es werde in Zukunft nicht einfach sein. Daher müsse man sich anstrengen, die Flüchtlinge gut unterzubringen und deren Integration zu fördern. Integration sei die Voraussetzung für ein gelingendes Zusammenleben. Stuttgart zeichne sich dadurch aus, dass sich viele Menschen privat dafür engagieren. Es müssen nun mehr Flüchtlinge untergebracht werden als anfangs gedacht. Für die nächste Zeit werden 1.200 Menschen pro Monat erwartet. Man komme daher nicht darum herum, auch Sporthallen und Container für deren Unterbringung zu nutzen.

Die Unterbringung im Rothmannblock werde aus Kostengründen im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben des Landes nicht realisiert. Dafür werden bei der Technischen Hochschule in der Breitscheidstraße zwei Systembauten dem Gemeinderat neu vorgeschlagen. Es müsse auch weiter gesucht werden, wo es in Stuttgart noch weitere dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten gebe. Er werde es nicht zulassen, dass die Flüchtlinge zu Sündenböcken gemacht werden für Dinge, für die sie nichts können. Die Flüchtlinge werden in Deutschland gesetzlich nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Gemeinden verteilt. Genau so einen Schlüssel brauche man dringend auch innerhalb der EU. Seitens der Stadt könne man nur schauen, dass die Flüchtlinge gut untergebracht und integriert würden.

Der Stadtbezirk Stuttgart-Mitte leide sehr unter den Verkehrsfluten, die nach Stuttgart kommen. Daher müsse man die Zahl der Autos, die in den Talkessel einfahren, reduzieren. Sein Ziel sei es, dass 20 % weniger Autos in die Innenstadt fahren. Durch Entscheidungen wie der, das Milaneo zu bauen, würden aber auch wieder mehr Leute mit dem Auto in die Innenstadt fahren. In der Region sei der Öffentliche Personennahverkehr um 3 % gewachsen, im Bundesdurchschnitt nur um 0,8 %. Durch das Jobticket, bei dem nun auch das Land und einige Unternehmen nachziehen würden, sowie das auf Stuttgart-Mitte ausgedehnte Parkraummanagement, könne eine Reduktion des Parksuchverkehrs und des Verkehrsaufkommens erreicht werden. Eine weitere wichtige Maßnahme sei es, die S-Bahn pünktlicher zu machen.

Auf allen Steigungsstrecken, auf denen die zulässige Geschwindigkeit auf 40 km/h reduziert worden sei, seien die Stickoxidemissionen deutlich zurückgegangen. Daher müsse und werde er weitere Steigungsstrecken mit Geschwindigkeitsbeschränkungen ausweisen. Die Feinstaubwerte seien an allen Messstationen besser geworden. Der zulässige Jahresdurchschnittswert sei erreicht worden. Jedoch seien die Werte am Neckartor an 64 Tagen erhöht gewesen, erlaubt sei dies nur an 35 Tagen. Bei der Messstelle an der Hohenheimer Straße halten sich die Werte nun im Rahmen. Während die Stickoxydemissionen stärker durch Automobile ausgelöst würden, entstehe Feinstaub beispielsweise auch bei der Holzverbrennung. Zukünftig müsse auch die Zahl der Fahrzeuge mit besseren Emissionswerten wie Elektroautos erhöht werden. Ebenso müsse die jetzige Zahl der Fahrradfahrer von 5 % am Gesamtverkehrsaufkommen gesteigert werden. In Deutschland gebe es Städte, in denen Radfahrer 25 % des Gesamtverkehrsaufkommens ausmachen. Dazu müssen die Radwege und die Fahrradabstellmöglichkeiten ausgebaut werden. Für diese Maßnahmen seien Mittel und Stellenanteile in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen worden. Jetzt hoffe er sehr, dass sich der Gemeinderat dafür entscheide. Das Gegenargument, dass Stuttgart zu steile Hügel habe, sei mit den Pedelecs entkräftet. Ab Januar 2016 werde er bei einer austauscharmen Wetterlage an alle Einwohner in Stuttgart und der Region appellieren, das Auto stehen zu lassen. Sollte es notwendig werden, werde er Feinstaubalarm auslösen. Er bittet jedoch alle, schon bevor es so weit komme, mitzumachen und nach Möglichkeit nicht mit dem Auto in den Talkessel zu fahren.

Die Situation in der Tübinger Straße mit dem „Shared Space“ werde schrittweise verbessert. Die Stadtverwaltung werde nicht aufgeben. Es werde sehr viel kontrolliert. Es gebe aber auch Einige, denen es egal sei, wie viel Strafe sie für Falschparken zahlen müssen. Die Höhe der ausgestellten Strafzettel richte sich nach Bundesrecht und könne nicht von der Stadtverwaltung bei Bedarf für Wiederholungstäter erhöht werden. Die Möblierung sei zur Unterstützung ausgebaut worden.

Man könne jetzt schon eine Besserung erkennen. Urbanität sei nicht möglich, wenn zu viel Verkehr vorherrsche und keine Rücksicht auf Fußgänger genommen werde. Er macht deutlich, dass er keine autofeindliche Haltung habe, noch dazu in einer Stadt, die so viele Zulieferfirmen und weltbekannte Autohersteller habe wie Stuttgart, aber es könnten trotzdem nicht alle täglich mit dem Auto in die enge City fahren.

Die für das Kulturleben sehr wichtige Oper müsse saniert werden, um eine moderne Oper zu erhalten. Es seien noch viele Fragen auch bezüglich des Denkmalschutzes offen. Er erwarte auch von denen, die nicht in die Oper oder ins Ballett gehen, Unterstützung für das Vorhaben, so wie auch andere kulturelle Einrichtungen gefördert würden, die ebenfalls nicht von allen besucht würden. Das diskutierte Interimsbauwerk auf dem Eckensee sei nicht der Weisheit letzter Schluss. Der Suchlauf nach geeigneten Interimsräumen für die Renovierungszeit sei noch nicht abgeschlossen. Der Spielbetrieb könne für die sieben Jahre Sanierungszeit nicht unterbrochen werden.

Das Leonhardsviertel soll zu einem einigermaßen normalen Stadtviertel gemacht werden. Schon wegen der historischen Bedeutung des Viertels müsse dort mehr normales Leben möglich sein. Die Prostitution könne wohl nicht ganz verdrängt werden, die Situation im Bohnenviertel sei aber durch den städtischen Kampf gegen Kinder-, Zwangs- und Armutspstitution sowie die Ausstiegsberatung bereits besser geworden. Auch die Prozesse gegen die illegalen Bordelle werde die Stadt weiter verfolgen. Der Erwerb von Gebäuden durch die Stadt sorge für eine Durchmischung. Die städtebaulichen Maßnahmen wie der Bolzplatz hinter dem Züblin-Parkhaus werden erfolgreich genutzt. Ein Sonnensegel und Lichter könnten den Platz noch verbessern. Zur zukünftigen sinnvollen Nutzung der Fläche des Züblin-Parkhauses soll es eine Bürgerbeteiligung geben. Vorstellbar wäre dort auch ein Park, sollte dieser finanziert werden können.

Stuttgart 21 sei beschlossen, der Bau schreite voran. Aufgabe der Stadt sei es, dafür zu sorgen, dass der Bau so schnell wie möglich abgewickelt werde, damit die Bauzeit so kurz wie möglich werde, was für die Lebensqualität in der Innenstadt entscheidend sei. Es sei sehr wichtig, diese letzte große Fläche in Stuttgart, die gestaltet werden könne, vernünftig zu planen, damit die Bebauung auch den zukünftigen Anforderungen genüge. Könne ein Viertel gebaut werden, das Energie abgibt? Das ohne Automobilverkehr auskomme? Könnten dort Ärmere und Reichere leben? Was bedeute das für die Grundstückspreise? Er lädt alle ein, sich bei der Bürgerbeteiligung Rosensteinviertel zu beteiligen und sich Gedanken auf all diese spannenden Fragen zu machen.

Stuttgart habe insgesamt noch ein Problem beim Thema Wohnen, vor allem für Leute mit kleinem bis mittlerem Einkommen. Daher sollen jährlich 600 sozial geförderte Wohnungen hinzu kommen. Es werde gerade eine Satzung mit dem Zweckentfremdungsverbot für Wohnraum erlassen, um die momentan etwa 1.000 bis 3.000 leer stehenden Wohnungen wieder Mietern zugänglich zu machen. Eine solche Satzung habe es auch schon zu CDU-Zeiten gegeben. Einige würden die Satzung einen unzulässigen Eingriff in das Eigentum nennen, im Grundgesetz stehe aber auch, dass Eigentum verpflichte. Außerdem bleibe das Eigentum bestehen, der Eigentümer werde lediglich daran erinnert, dass er mit der Vermietung seiner Wohnung Geld verdienen könne.

Stuttgart habe 50 % Grün- und Waldflächen, diese sollen erhalten bleiben. Der Stuttgarter Gemeinderat habe entschieden, dass keine Äcker und Grünflächen bebaut werden sollen, stattdessen soll nachverdichtet werden.

Bei der Nachverdichtung müsse man künftig mehr Augenmerk auf die Räume zwischen den Häusern richten und auf die Gestaltung der Plätze achten. Eine weitere Aufgabe für die nächsten Jahre sei der Marktplatz. Entgegen vieler Kritiker werde er mit dem dreimal wöchentlich stattfindenden Markt, dem Weindorf, dem Weihnachtsmarkt und anderen Festen rege genutzt. Mit Steuergeldern könne die Stadt jedoch aus Gründen der Gleichbehandlung keine Cafés oder Restaurants an den Marktplatz hin subventionieren. Man könne den Marktplatz aber trotzdem durchaus noch etwas attraktiver gestalten.

Sollte in der nun bis etwa 21.00 Uhr folgenden Aussprache jemand keine abschließende Antwort erhalten können, bittet er, Name und Anschrift zu hinterlassen, damit die Antwort nachgereicht werden könne. Er bedankt sich bei den etwa 280 anwesenden Bürgerinnen und Bürgern für die Aufmerksamkeit.

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
1	Eine Bürgerin fragt, wieweit die Planung der Flächenversiegelung entlang der B 14/Kulturmeile und auch der dort angelegten Treppen zwischen den Gebäuden rückgängig gemacht werden könne. Sie spricht sich für mehr Grünflächen und weniger Treppen aus.	Herr Oberbürgermeister Kuhn antwortet, in den kommenden Haushaltsplanentwurf sei von ihm ein Programm aufgenommen worden, das mehr Grün für die Innenstadt vorsieht. Grün sei in der Innenstadt für die Luftqualität und die Temperatur dringend notwendig. Das bestehende Bauplanungsrecht könne immer durch den Gemeinderat geändert werden, jedoch müsse der Bestandschutz berücksichtigt werden. Herr Bürgermeister Pätzold ergänzt, die Umgebung des Stadtmuseums, die Treppen dort und die Straße, würden einen anderen Charakter erhalten. Es werde sich dort noch einiges verändern und verbessern.	X	
2	Ein Bürger möchte wissen, was aus den Planungen zum City Boulevard an der Stelle der B 14 geworden sei.	Herr Bürgermeister Pätzold erklärt, es habe eine Planvariante gegeben, die einen Boulevard in der Straßenmitte vorgesehen habe. Mittlerweile plane man diesen Bereich an den Rändern und wolle die Umsetzung Stück für Stück angehen.	X	

3	Eine Bürgerin fragt wie der große Verlust der 300 Bäume im Schloßgarten in nächster Nähe, in der Stadt, ausgeglichen werden könne.	Herr Oberbürgermeister Kuhn spricht sich für mehr Grün in der Innenstadt aus. Für ein Programm, das einen Zuwachs an Grün vorsieht, seien Mittel eingeplant. Darin enthalten seien auch Sträucher und Grün auf Dächern und Fassaden sowie Urban Gardening. Die alten Bäume können kurzfristig nicht direkt in der Nähe ersetzt werden, aber man könne mehr neues Grün auch in Form von Sträuchern schaffen.	X	
4.	Ein Bürger stellt fest, dass das Thema Prostitution im Bohnenviertel spürbar besser geworden sei. Er spricht sich für eine Verbindung der Rosenstraße mit einem Deckel über die B 14 zur wieder entstandenen Rosenstraße im Dorotheenviertel aus, was auch eine Verbindung zur Innenstadt wäre.	Herr Oberbürgermeister Kuhn informiert, im Haushaltsplanentwurf seien Mittel für Planungen des City-Boulevards vom Neckartor bis zum Marienplatz eingeplant. Wie genau ein für das urbane Leben verträglicher Rückbau der B 14 oder Überdeckelungen möglich sei, müsse untersucht werden, ebenso welche Fußwegebeziehungen entstehen können.	X	
5.	Eine Bürgerin weist darauf hin, dass die direkte Verbindung der Haltestellen Charlottenplatz und Neckartor besonders für die Schüler des Wagenburg-Gymnasiums sehr wichtig sei, die im Zeppelin-Gymnasium Sportunterricht haben. Die Zeit zwischen den Schulstunden sei sehr knapp und eine Umleitung der Linien daher keine Alternative. Laut SSB soll die Verbindung nur in den Schulferien unterbrochen wer-	Herr Bürgermeister Pätzold sagt, in der Tat werden die Linien an dieser Stelle unterbrochen, die SSB werde alle Haltestellen weiter bedienen. In der ersten Phase werden die Linien U1, U2 und U4 umgeleitet. In der zweiten Phase dann die U9 und die U14. Am 20.10.2015 stellt die SSB das erste Betriebskonzept in öffentlicher Sitzung im UTA vor.	X	

	<p>den. Weiter weist sie darauf hin, dass die Kapazität der Stadtbahnen und Busse in den Stoßzeiten nicht ausreichend sei.</p> <p>Sie fragt nach den Plänen der SSB während der Zeit des Neubaus der Haltestelle Staatsgalerie.</p>	<p>Er nehme die gestellten Fragen in den UTA mit.</p>		
6.	<p>Eine Bürgerin berichtet, dass jetzt schon viele Schüler Probleme hätten, pünktlich mit dem ÖPNV z. B. zum Geigenunterricht zu kommen. Sie fragt, wie dies zukünftig werden soll.</p>	<p>Herr Oberbürgermeister Kuhn merkt an, die SSB habe ein Konzept für die Bauzeit. Es werde sicher schwierig werden, da ein großer Bau auch Auswirkungen beinhalte, aber die SSB werde es so gut wie möglich bewältigen.</p>	X	
7	<p>Ein Bürger bittet um mehr Verkehrskontrollen in der Hohenheimer Straße. Entweder sei in dieser Straße Stau oder es werde besonders nachts gerast. Gefährlich seien auch Radfahrer, die direkt vor den Haustüren auf dem Fußweg den Berg hinunter rasen.</p>	<p>Herr Bürgermeister Dr. Schairer informiert, die Smiley-Anzeige habe ein Statistik-Modul. Wenn zu viele Autos zu schnell fahren, werde der Verkehr kontrolliert.</p> <p>Herr Oberbürgermeister Kuhn ergänzt, in Stuttgart gebe es einige Autofahrer, die glauben, dass die Gesetze nicht für sie gelten. Früher seien die Autos mit 70 km/h durch die Hohenheimer Straße gefahren, jetzt habe sich die Höchstgeschwindigkeit auf etwa 55 km/h reduziert. Er bekomme jeden Tag Beschwerdebriefe, dass der Verkehr viel zu viel kontrolliert werde. Auch für Radfahrer gelte die StVO. Es sei wichtig, dass jeder Verkehrsteilnehmer auf die Anderen Rücksicht nehme. Er appelliert an alle,</p>	X	

		Rücksicht zu nehmen.		
8	Eine Bürgerin weist darauf hin, dass abends auf der Paulinenstraße zwischen Rotebühlplatz, Österreichischem Platz und besonders vor dem Finanzamt Rennatmosphäre herrsche. Sie bittet, dringend etwas dagegen zu unternehmen. Durch das Parken am Straßenrand entstünden zusätzliche Gefahren.	Herr Bürgermeister Dr. Schairer antwortet, wie bei der Theodor-Heuss-Straße würden auch bei deren Verlängerung bereits einige Maßnahmen wie die nächtliche Sperrung von U-Turns und verstärkte Polizeikontrollen durchgeführt. Die Tuningszene ziehe sich gerade mehr in Richtung der Industriegebiete im Außenbereich zurück. Die Polizei versuche, mit dem Personal, das sie noch für solche Maßnahmen habe, der Sache Herr zu werden. Die Polizei sei gerade durch Demonstrationen und andere Dinge sehr belastet.	X	
9	Ein Bürger fragt, wie das Einfahrtsverbot bei Feinstaubalarm durchgesetzt und kontrolliert werden solle. Er weist auf das wilde Campen im Schloßgarten sowie die Auswirkungen der Party-Szene auf den Straßen hin und möchte wissen, was dagegen unternommen werde.	Herr Oberbürgermeister Kuhn erklärt, für dauernde Kontrollen stünden nicht genügend Polizisten zur Verfügung. Nicht jedes Problem sei mit einer Dauerpräsenz der Polizei lösbar. Auch die Gaststättenbetreiber seien gefragt und in die Verantwortung zu nehmen. Alle Menschen haben eine Grundverantwortung. Es könne nicht sein, dass Leute Party in der Innenstadt machen und die Stadt dann hinter ihnen aufräumen müsse. Die illegalen Camps von Leuten aus Rumänien im Schloßgarten konnten einigermaßen aufgelöst werden. Die Stadtverwaltung habe jedoch relativ wenig Handhabe. Die rechts-	X	

		<p>staatlichen polizeilichen Möglichkeiten seien gering.</p> <p>Da es sich um EU-Bürger gehandelt habe, hätten sie sich dort aufhalten dürfen, nur das Nächtigen sei untersagt.</p> <p>Bei Feinstaubalarm werde es die nächsten zwei Jahre mit Appellen an das freiwillige Nichteinfahren in die Innenstadt versucht. Danach könnte es beispielsweise ein Einfahrtsverbot abwechselnd für gerade oder ungerade Autonummern geben. Denkbar sei auch, die Einfahrt auf Autos mit mehr als einem Insassen zu beschränken und dafür begleitend Apps zur Verfügung zu stellen. In den nächsten zwei Jahren werde dies vom zuständigen Verkehrsministerium des Landes in Absprache mit der Landeshauptstadt Stuttgart vorbereitet. Die Kontrolle sei eine schwierige Frage, aber die Stadt sei gesetzlich verpflichtet zu handeln. Es sei sogar eine Klage der EU anhängig.</p>		
10	<p>Ein Bürger bittet, die Busse abends im Viertelstunden-Takt fahren zu lassen. Er regt eine direkte Busverbindung von Stuttgart-West nach Stuttgart-Vaihingen an. Außerdem sollen die Fahrkarten für Kurzstrecken in der Innenstadt wieder auf vier Haltestellen und im Außenbereich auf drei Haltestellen verlängert werden. Die Taxipreise seien in Stuttgart zu</p>	<p>Herr Oberbürgermeister Kuhn spricht sich für die Verbesserung des ÖPNV aus. Der ÖPNV müsse sich aber auch rechnen. Gerade sei die SSB in der Investitionsphase und dabei, Linien auszubauen. In dieser Phase sei es schwierig, die Preise zu senken. Dies wäre nur mit einem Zuschuss aus dem städtischen</p>	X	

	hoch, hier fehle die Konkurrenz.	Haushalt möglich, welcher auf 25 Millionen € jährlich gedeckelt sei. Preiswertere Taxis wären gut, denkbar wären hier auch Elektroautos. Dazu gebe es ein Programm im Haushaltsplanentwurf, über das der Gemeinderat noch entscheiden müsse.		
11	Eine Bürgerin weist auf die in diesem Jahr viel stärker gewordene Lärmbelastung in der Friedrichstraße hin. Auf der Theodor-Heuss-Straße werde bis 4 Uhr morgens gerast. Sie schlägt vor, drei stationäre Radarfallen aufzustellen, um schweren Unfällen vorzubeugen.	Herr Oberbürgermeister Kuhn sagt zu, den Vorschlag, in der Theodor-Heuss-Straße Radarfallen aufzustellen, mitzunehmen. Oft sei aber das zu schnelle Fahren gar nicht das Problem, sondern das Aufheulenlassen der Motoren.	X	
12	Eine Bürgerin beklagt, dass es seit der Einführung des Parkraummanagements in Stuttgart-Mitte bis an die Bopserwaldstraße es in dieser zu keiner Tages- oder Nachtzeit mehr Parkplätze gebe. Die Stadt solle dringend die Grenzen des Parkraummanagements überprüfen und ggf. die Bopserwaldstraße mit einbeziehen.	Herr Bürgermeister Dr. Schairer erklärt, das Problem der Verlagerung sei bekannt, es werde an einer Lösung gearbeitet. Es gebe rechtliche Vorgaben, aufgrund derer muss zunächst die Entwicklung abgewartet werden. Bevor beispielsweise die Zone vergrößert werden könne, muss ein massiver Parkdruck vorhanden sein.	X	
13	Ein Bürger bezieht sich auf die Aussage von Herrn Oberbürgermeister Kuhn, dass die Stadtverwaltung leer stehende Wohnungen wieder vermietet haben möchte. Die Stadt solle auch überprüfen, wie viele ih-	Herr Oberbürgermeister Kuhn antwortet, es werde natürlich geprüft, welche Wohnungen beispielsweise für Flüchtlinge genutzt werden können.	X	

	<p>rer eigenen Wohnungen leer stünden. Das städtische Gebäude Alexanderstraße 2 stehe seit dem Auszug des Behindertenvereins leer. Die vier für Behinderte reservierten Parkplätze könnten dort nun wieder für alle frei gegeben werden.</p> <p>Er fragt, warum das Gebäude nicht zumindest zwischenzeitlich wie das Haus Martinus für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden könne.</p>	<p>Frau Bezirksvorsteherin Kienzle fügt hinzu, in die Alexanderstraße 2 werde der Kinderschutzbund einziehen.</p> <p>Die Vorbereitungen für die Sanierung des Gebäudes würden laufen. Man müsse erst prüfen, ob die Behindertenparkplätze weiterhin benötigt würden. Für eine zwischenzeitliche Nutzung als Flüchtlingsunterkunft sei die Zeitspanne bis zur Sanierung, anders als beim Haus Martinus, zu kurz.</p> <p>Außerdem seien die baulichen Voraussetzungen beim Haus Martinus weitaus besser gewesen.</p>		
14	<p>Ein Bürger bemängelt, dass in der Kernerstraße ständig viel Lärm auch von der Baustelle von Stuttgart 21 die Anwohner belaste. Er bittet die Stadtverwaltung, die Einhaltung der Lärmgrenzwerte dauerhaft wie bei den Festzelten auf dem Cannstatter Wasen zu kontrollieren. Er weist darauf hin, dass Baustellenfahrzeuge keinen Limits bezüglich ihrer Emissionen unterliegen würden. Die Stadt soll trotzdem Messungen vornehmen, um ein genaues Bild der Lage zu erhalten. Die 600.000 € jährlich an Werbungskosten für Stuttgart 21 könnten nun, nachdem das Projekt bereits laufe, eingespart werden. Bei der Vergabe von Taxikonzessionen soll darauf geachtet werden, dass mit umweltfreundlichen Fahrzeugen gefahren werde und dass wartende Taxen die Motoren</p>	<p>Herr Bürgermeister Pätzold erläutert, für die Messung der Lärmemissionen der Baustelle von Stuttgart 21 sei das Eisenbahnbundesamt zuständig, welches über die Ergebnisse berichte. Beim Volksfest sei die Stadt im Rahmen des laufenden Bebauungsplanverfahrens zuständig und könne daher auch Kontrollen durchführen und gegebenenfalls direkt einschreiten. Bisher sei nicht bekannt, dass die Baufahrzeuge Auflagen nicht einhalten würden.</p> <p>Herr Oberbürgermeister Kuhn weist darauf hin, dass die Bahn Stuttgart 21 baue. Für die Prüfung, ob die Gesetze eingehalten würden,</p>	X	

	ausschalten.	sei das Eisenbahnbundesamt zuständig. Die Stadtverwaltung könne nur darauf drängen, dass kontrolliert werde, was auch fast täglich geschehe.		
15	Ein Bürger ist akkustisch kaum zu verstehen.	Herr Oberbürgermeister Kuhn spricht deshalb direkt nach der Bürgerversammlung mit ihm.	X	
16	Eine Bürgerin bittet, auch im Leonhardsviertel Polizeipräsenz zu zeigen. Nachts werde auch dort oft sehr lang und ausgiebig mit allen Nebenwirkungen zu Lasten der Anwohner gefeiert.	Herr Oberbürgermeister Kuhn schlägt vor, die Anwohner sollen solche Anliegen sofort an die Stadtverwaltung oder die Polizei weitergeben. Nur dann könne ggf. eingegriffen werden.	X	
17	Ein Ladenbesitzer in der Esslinger Straße fragt, wie es mit der Kehrgebühr für die Anwohner in der Innenstadt weitergehen soll.	Herr Bürgermeister Dr. Schairer berichtet, um einen Vorschlag auszuarbeiten habe eine Arbeitsgruppe getagt. Dieser Vorschlag sei nicht ganz einfach, da in Stuttgart eine Verteilung von 5 % auf die Stadt und 95 % auf die Anwohner üblich sei. Demnächst soll der erarbeitete Vorschlag dem Bezirksbeirat und anschließend dem Gemeinderat vorgestellt werden. Eine Lösung sei jedoch kompliziert, da verschiedene Interessen berücksichtigt werden müssen. Frau Bezirksvorsteherin Kienzle weist darauf hin, dass leider nur Vertreter des Hospital-	X	

		viertels zu den Arbeitsgruppen gekommen seien, nicht aber Vertreter aus dem Bohnen- und Gerberviertel.		
18	Ein Bürger weist auf die schlechte Luftqualität in der Innenstadt hin. Er spricht sich dafür aus, dass alle Dieselfahrzeuge die Emissionsgrenzwerte einhalten sollten. Dann wären alle diesbezüglichen Probleme beseitigt.	Herr Oberbürgermeister Kuhn erklärt, dass eine Stadtverwaltung nicht für alles zuständig sei. In diesem Fall sei der Bundesgesetzgeber gefragt. Man sei aber dabei, den städtischen Fuhrpark umweltfreundlicher auszurüsten und zu schauen, dass alle Beschäftigten mit dem ÖPNV zur Arbeit kommen. Die Diskussion um Schadstoffgrenzwerte und unter welchen Bedingungen die Werte gemessen werden, sei jetzt wieder aufgenommen worden. In Stuttgart haben 1.000 Einwohner 553 Autos. Darunter müsse es einige geben, die ein zweites Auto haben. Es wäre schon viel gewonnen, wenn das zweite Auto ein elektrisches wäre. Er unterstütze auch Car-Sharing-Modelle. In diesem Bereich könne jeder etwas tun.	X	

Stuttgart, den 26.11.2015

gez.:
Schriftführerin: Frau Eienkel